



GUTE ARBEIT

SPD-Bundestagsfraktion | September 2008

Die Menschen gewinnen.

Verantwortungsvolle Politik heißt, die Lebensverhältnisse der Menschen jetzt und für die Zukunft zu verbessern. Schöne Wahlversprechen alleine bringen den Menschen nichts.

Die SPD hat entscheidend dazu beigetragen, dass das größte Problem – die Arbeitslosigkeit – wesentlich reduziert worden ist. Erstmals seit 16 Jahren liegt die Arbeitslosenquote unter 8 Prozent. Die Staatsverschuldung wurde reduziert. Das ist wichtig für die künftigen Generationen. Und wir haben in vielen Bereichen für finanzielle Entlastung gesorgt, gerade für Empfänger kleiner und mittlerer Einkommen.

Einige aktuelle Beispiele:

- ▶ Auf unsere Initiative hin hat die Große Koalition das Elterngeld eingeführt. Damit schaffen wir die Rahmenbedingungen dafür, dass sich Familie und Beruf besser als bisher miteinander verbinden lassen.
- ▶ Unter Rot-Grün haben wir das größte Steuersenkungspaket in der Geschichte der Bundesrepublik umgesetzt. Und in der Großen Koalition haben wir weiter für sinkende Lohnnebenkosten gesorgt. Damit entlasten wir insbesondere Gering- und Normalverdiener.
- ▶ Ältere Arbeitslose erhalten seit 2008 länger Arbeitslosengeld. Ihre Lebensleistung wird damit stärker berücksichtigt.
- ▶ Die Renten steigen zum 1. Juli um 1,1 Prozent, obwohl dies in der Rentenformel gar nicht vorgesehen war. Damit werden auch die Rentner am wirtschaftlichen Aufschwung beteiligt.
- ▶ Rund 840.000 Haushalte erhalten zum 1. Januar 2009 Wohngeld. Es wird von durchschnittlich 90 auf 142 Euro erhöht (plus 60 Prozent). Das hilft vor allem Rentnern und Familien mit Kindern.
- ▶ Zum Wintersemester 2008/2009 steigen die Bedarfssätze beim BAföG um 10 Prozent und die Freibeträge werden um 8 Prozent erhöht. Der Förderungshöchstsatz steigt damit von derzeit 585 Euro auf etwa 643 Euro.

Weitere wesentliche Säulen unserer Politik für Gute Arbeit sind unsere Anstrengungen für Bildung und Qualifizierung, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder die Förderung der Beschäftigung.

Mehr dazu in diesem Heft und den kommenden Ausgaben. ■



Mehr Beschäftigung – gute Arbeit

Die Arbeitslosigkeit ist gesunken, die Erwerbstätigkeit gestiegen. Der Arbeitsmarkt verzeichnet über 40 Millionen Beschäftigte, davon über 27 Millionen in sozialversicherungspflichtiger Anstellung. Auch wenn sich der Aufschwung im Jahr 2008 abgekühlt hat: Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist so gut wie seit Jahren nicht mehr.

Das ist erfreulich. Und dazu hat die Politik der SPD-Bundestagsfraktion seit 1998 wesentlich beigetragen. Aber Arbeit an sich ist nur eine Seite der Medaille. Genauso wichtig wie das Ziel der Vollbeschäftigung ist die Frage nach den Bedingungen der Arbeit. Der Kern unserer Politik heißt „gute Arbeit“.

▶ Faire Löhne

Das bezieht sich einerseits auf die Entlohnung. Wer Vollzeit arbeitet, muss auch davon leben können. Es ist eine Schande, dass in unserem wohlhabenden Land immer mehr Vollzeitbeschäftigte auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Das können wir nicht hinnehmen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat in der Großen Koalition jetzt durchgesetzt, dass es Mindestlöhne für weitere Branchen geben wird.

▶ Arbeitnehmerrechte

Zu den Grundvoraussetzungen für gute Arbeit gehören neben einer fairen Entlohnung, guten Arbeitsbedingungen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch die Arbeitnehmerrechte. Die SPD-Bundestagsfraktion steht für den Erhalt dieses demokratischen Prinzips in der Wirtschaft.

Die Beschneidung oder Abschaffung von Arbeitnehmerrechten sind Kernbestandteile der Politik von Union und FDP. Tarifautonomie, Kündigungsschutz, Mitbe-

stimmung und weitere Eckpfeiler des Arbeitsrechts werden als Schikanen für Unternehmen und nicht als konstruktive Gestaltungsprinzipien gesehen.

Aus der Praxis

Thomas Schlenz, Konzernbetriebsratsvorsitzender ThyssenKrupp, über den Missbrauch von Leiharbeit. Er fordert „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“. weiter Seite 6

Auch wenn sich unsere Arbeitswelt wandelt, wenn immer mehr Flexibilität gefordert wird und die Globalisierung uns vor neue Herausforderungen stellt: Es darf nicht sein, dass Errungenschaften, die die Arbeiterbewegung mit SPD und Gewerkschaften im vorletzten und letzten Jahrhundert erkämpft haben, preisgegeben werden. Das gilt nicht nur für unser Land. Wir wollen langfristig erreichen, dass soziale Mindeststandards bei Arbeitsbedingungen internationale Gültigkeit bekommen, ohne unsere weitergehenden Errungenschaften aufzugeben.

▶ Teilhabe

Doch auch in manchen Branchen in Deutschland gilt es heute, Fehlentwicklungen zurückzudrehen. Zum Beispiel bei der Leih- und Zeitarbeit oder beim Missbrauch des Praktikums greifen Zustände um sich,

die man beim besten Willen nicht anders als Ausbeutung bezeichnen kann. Hier herrscht dringender Handlungsbedarf. Ein weiterer wesentlicher Aspekt guter Arbeit liegt in der Teilhabe. Gute Arbeit bedeutet Teilhabe am wirtschaftlichen Aufschwung unseres Landes und die Möglichkeit der persönlichen Entfaltung gemäß der individuellen Fähigkeiten. Bildung und Qualifikation spielen die Schlüsselrolle dafür.

Die Unternehmen suchen heute schon händeringend nach Fachkräften. Wenn wir nicht gegensteuern, wird uns der Mangel gut ausgebildeter Beschäftigter im Laufe des nächsten Jahrzehnts existenziell bedrohen.

▶ Chancengleichheit

Gleichzeitig wird viel zu vielen Menschen in unserem Land die Teilhabe verweigert. Die Chancen auf Bildung und Qualifikation, auf die persönliche Entwicklung und auf die Partizipation am Wohlstand sind viel zu

Mindestlöhne für weitere 1,6 Millionen Beschäftigte

Der Weg ist frei für gesetzl. Mindestlöhne in 8 weiteren Branchen. weiter Seite 4

ungerecht verteilt. Das betrifft zum Beispiel Frauen, Ältere oder Menschen mit Migrationshintergrund. Unser Land kann es sich nicht leisten, die Potenziale so vieler Menschen nicht zu nutzen.

Wir stehen vor großen Aufgaben, weil wir eine zukunftsfähige und solidarische Gesellschaft erhalten und ausbauen wollen. Das ist das Ziel der SPD-Bundestagsfraktion. ■

Der Mensch im Mittelpunkt

Für die SPD ist das Thema Gute Arbeit nicht neu: schon früh haben wir uns mit der Frage „Humanisierung der Arbeit“ beschäftigt. Teilhabe- und chancenorientierte Arbeit steht für Sozialdemokraten traditionell ganz oben auf der Agenda. Wir wissen, dass humane Arbeitsbedingungen den Beschäftigten und den Betrieben gleichermaßen nutzen. Deshalb gilt für uns nicht der Satz von Angela Merkel „Sozial ist was Arbeit schafft“. Wir wollen mehr. Wir wollen gute Arbeit für alle Beschäftigten. Im Mittelpunkt muss der Mensch stehen: seine Beschäftigungsfähigkeit, sein Einkommen und sein Leben mit Arbeit und Familie.

Gute Arbeit heißt für uns Teilhabe. Deshalb gehören die fundamentalen Arbeitnehmerrechte wie Mitbestimmung, Kündigungsschutz und Tarifautonomie zu den elementaren Pfeilern. Menschen brauchen gerade in Zukunft Sicherheit, um flexibel und lernbereit zu sein. Gute Arbeit sind für uns gute Löhne. Prekäre Arbeitsverhältnisse wie z.B. Leiharbeit müssen die Ausnahme und



nicht die Regel sein. Gute Arbeit heißt für uns eine familienfreundliche Arbeitswelt.

Kern unseres Konzeptes einer guten Arbeit ist eine vorsorgende Sozialpolitik, die darauf abzielt, die Menschen zu befähigen, damit diese in Zeiten des schnellen Wandels ihr Leben gestalten können. Vorsorge heißt

zuerst einmal lebenslanges Lernen und fortlaufende Qualifizierung. Wir brauchen eine Weiterbildungskultur, die alle Qualifikationsniveaus und jedes Alter erfasst.

Alle Beteiligten – Unternehmen, der Staat und der Einzelne – müssen hier deutlich mehr investieren. Dabei sind eine bessere Verzahnung von Weiterbildungsangeboten an der Schnittstelle Schule und Betrieb sowie öffentliche Hand, Arbeitsagentur und Betrieb essentiell.

In der Arbeitsgruppe zum Umbau der Arbeitsagentur in eine Arbeitsversicherung entwickeln wir Konzepte für mehr Prävention in der Arbeitsmarktpolitik. Hochwertige Qualifizierung innerhalb und außerhalb der Betriebe, mehr Weiterbildungsberatung und ein Recht auf Weiterbildung sind zentrale Forderungen auf dem Weg zu einer Arbeitsmarktpolitik, die darauf abzielt, dass Arbeitslosigkeit erst gar nicht entsteht. Wir wollen mehr zweite Chancen beispielsweise beim nachholenden Hauptschulabschluss und mehr Weiterbildung in Auszeiten.

Eine Arbeitsmarktpolitik, die auf gute Arbeit abzielt, muss sich an der Nachhaltigkeit orientieren. Nachhaltig ist eine Arbeitsmarktpolitik dann, wenn die Menschen



Andrea Nahles MdB – Sprecherin der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied des Fraktionsvorstandes und stellv. Parteivorsitzende

durch fortlaufende Qualifizierung besser ihre Chancen wahrnehmen können. Das wollen wir hinkriegen. ■

Deutschland braucht mehr Fachkräfte

Unserer Wirtschaft fehlen qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wenn nichts unternommen wird, droht spätestens im Jahr 2015 ein so genereller Fachkräftemangel, dass unser Wohlstand in Gefahr gerät. Die SPD-Bundestagsfraktion wird ihre Anstrengungen für Bildung und Qualifizierung deshalb noch weiter verstärken.

Einerseits gehen uns die Fachkräfte aus, weil die Bevölkerung schrumpft. Der andere Grund ist hausgemacht: Die Unternehmen bilden seit Jahren viel zu wenig aus. Die Wirtschaft hat sich hier der Verantwortung entzogen. Sie – und damit wir alle – bekommen dafür jetzt schon die Quittung. Immerhin ist es uns durch den Ausbildungspakt gelungen, dass insgesamt wieder mehr ausgebildet wird – aber noch lange nicht ausreichend.

tragen wesentlich zur Sicherung der Fachkräftebasis bei. Sie gewährleisten die Motivation zur Ausbildung, da Fachkräfte entsprechend ihrer Qualifikation entlohnt werden. Vor allen Dingen aber müssen wir die Erwerbsbeteiligung von Bevölkerungsgruppen steigern, deren Potenziale bisher unvollständig ausgeschöpft wurden. Dazu zählen vor allem Frauen und Ältere oder die in

unserem Bildungs- und Beschäftigungssystem strukturell benachteiligten Migrantinnen und Migranten. Auch Schulabgängern ohne Ausbildung müssen wir die Option einer zweiten Chance bieten. Wir müssen gleiche Perspektiven auf gute Bildung und gute Arbeit für alle Menschen verwirklichen. Denn die Teilhabe der Menschen in unserer Gesellschaft und die Sicherung der Fachkräftebasis unserer Volkswirtschaft sind die zwei Seiten derselben Medaille.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in den letzten Jahren eine Vielzahl von Maßnahmen auf den Weg gebracht, um diesen Zielen

näher zu kommen: beispielsweise Ganztagschulprogramm, Ausbildungspakt, Hochschulpakt, BAföG-Novellen, Ausbildungsbonus, Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und weitere.

Wir werden unsere Anstrengungen für Bildung und Qualifizierung jetzt noch verstärken. Deswegen hat eine Projektgruppe der SPD-Bundestagsfraktion einen 60 Punkte umfassenden Maßnahmenkatalog gegen Fachkräftemangel erarbeitet. Die Vorschläge weisen den Weg für unser Handeln in den nächsten Jahren – dazu mehr unter www.spdfraktion.de ■



Für die SPD-Bundestagsfraktion spielen bildungs-, weiterbildungs- und beschäftigungspolitische Lösungen von jeher eine Schlüsselrolle. Wir wollen alle Potenziale in unserer Gesellschaft optimal ausschöpfen. Unser Ziel ist es, viel mehr Menschen eine bessere Bildung zu ermöglichen

Die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss erhalten und ausgebaut werden. Tariflöhne

■ FÜR EINEN FAIREN BERUFSEINSTIEG

Viele motivierte und leistungsbereite junge Menschen werden nach Abschluss ihrer Ausbildung als Praktikanten, Volontäre, Trainees, Hospitanten o. ä. beschäftigt, um Berufserfahrung zu sammeln. In den meisten Fällen wird aber nicht gelernt, sondern gearbeitet – und das gegen geringe oder gar keine Bezahlung.

Das betrifft nicht nur Akademiker, sondern alle Bereiche des Berufseinstiegs. Nur jedem Fünften der zehn Millionen Berufseinsteiger im Alter von 18 bis 34 Jahren gelingt nach dem Praktikum der Sprung in ein reguläres Arbeitsverhältnis.

Mehr als die Hälfte der Praktikanten erhält keine Entlohnung. Die Betroffenen nehmen prekäre Lebensbedingungen ohne verbindliche Aussichten auf eine reguläre Stelle in Kauf. Viele müssen sogar zusätzlich am Wochenende jobben oder sie liegen Eltern oder Großeltern auf der

Tasche, um sich ihr Praktikum überhaupt leisten zu können.

Massenpetition im Bundestag

110.000 Menschen haben sich gegen den „Missbrauch von Praktika“ an den Petitionsausschuss gewandt. Dies ist die größte Petition seit Gründung des Ausschusses.

Die Querschnitts-Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion fordert faire Praktika und einen guten Einstieg für junge Menschen in das Berufsleben:

- » Wir wollen keine Praktika verhindern, sondern deren Missbrauch.
- » Wir wollen Rechtsklarheit darüber schaffen, dass es sich bei einem Praktikum um ein Lern- und nicht um ein Arbeitsverhältnis handelt.
- » Gesetzliche Regelungen müssen klarer gefasst werden und auch für Berufsein-

steiger gelten. Schlechte Bezahlung oder gar unbezahlte Praktika müssen der Vergangenheit angehören.

» „Praktikanten“, die als normale Arbeitskräfte eingesetzt werden, soll die Durchsetzung ihres Anspruchs auf Bezahlung erleichtert werden. Tarifverträge und Arbeitsverträge enthalten oft Ausschlussfristen (von zwei bis drei Monaten), nach deren Ablauf Arbeitnehmer ihre Ansprüche nicht mehr geltend machen können. Arbeitgeber, die einen „Praktikanten“ nicht zu Lernzwecken beschäftigen sondern als normale Arbeitskraft einsetzen und ausbeuten, sollen sich in Zukunft auf solche Ausschlussfristen nicht mehr berufen können.

Wir wollen einen verlässlichen und fairen arbeitsrechtlichen Rahmen für junge Berufseinsteiger schaffen und so die Ausbeutung der „Generation Praktikum“ abschaffen. ■

Struck: Niedrigere Sozialabgaben gerechter als Steuersenkungen

Herr Struck, die Sommerpause ist vorbei. Gibt es jetzt ein Jahr Dauerwahlkampf?

Struck: Nein, wir dürfen uns vom Bayern-Wahlkampf auf Bundesebene nicht anstecken lassen. Auch wenn die CSU mit markigen Sprüchen zur Erbschaftsteuer verzweifelt versucht, wenigstens die Reichen am Starnberger See hinter sich zu bringen. Nach der Wahl werden Beckstein und Huber dann klein beigeben, denn auf die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer will auch die CSU nicht verzichten. Bis zum Ende des Jahres sind wir damit durch.

Was noch hat die Große Koalition auf dem Zettel?

Struck: Viel. Hier nur einige Stichworte: Mindestlohn, Haushaltskonsolidierung, Föderalismusreform und weitere Anstrengungen in der Bildungspolitik, wie der Rechtsanspruch darauf, den Hauptschulabschluss

40 Euro im Monat mehr

Das bringt die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für Arbeitnehmer mit einem Einkommen von 2.500 Euro brutto.

nachholen zu können und ein ausgeweiteter Hochschulzugang für Berufstätige. Außerdem erwarten die Menschen, dass wir eine Antwort auf die steigenden Energiepreise finden. Wichtige Schritte dahin stecken im Klimapakete, das die Koalition beschlossen hat. Oberstes Ziel dabei ist es, Energie einzusparen. Hier knüpfen auch die Vorschläge der SPD-Arbeitsgruppe zum Energiemarkt an.

Viele spüren die hohen Energiepreise besonders, wenn sie mit dem Auto zur Arbeit fahren. Muss nicht die alte Pendlerpauschale wieder her?

Struck: Die Ausgestaltung der Pendlerpauschale darf nicht am Benzinpreis hängen. Sonst müssten wir sie ja auch kürzen, wenn die Spritpreise wieder fallen. Aber natürlich müssen wir uns bei der Pendlerpauschale

Spitzenverdiener stärker besteuert.

Im Sinne der Verteilungsgerechtigkeit hat die SPD die sogenannte Reichensteuer durchgesetzt. Wer ein besonders hohes Einkommen erzielt, soll auch einen größeren Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben leisten. Für Spitzenverdiener haben wir deshalb einen höheren Steuersatz eingeführt. Er liegt jetzt bei 45 statt vorher 42 Prozent ab einem zu versteuernden Einkommen von über 250.000 Euro für Ledige und 500.000 Euro für Verheiratete.

Gerne wird behauptet, dass die Reichensteuer nur einen symbolischen Wert hätte – als sichtbares Zeichen, dass auch Spitzenverdiener einen Beitrag zur sozial gerechten Verteilung des Wohlstands leisten müssten. Tatsächlich beläuft sich das Steuererhö-



Dr. Peter Struck MdB – Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion im Interview

etwas einfallen lassen, sobald das Bundesverfassungsgericht entschieden hat. Wir wollen aber keine Lösung, von der nur die profitieren, die steuerlich am meisten absetzen können. Dieses Modell hatten wir. Ich bin da offen für Vorschläge. Sie dürfen nur den Staatshaushalt nicht zu sehr belasten.

Sie haben auch den Mindestlohn erwähnt. Glauben Sie, da geht noch was mit der Union?

Struck: Wir wollen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Wer den ganzen Tag arbeitet, muss dafür genug Geld bekommen, um davon leben zu können – und das, ohne dass ihm der Staat mit Zusatzleistungen unter die Arme greifen muss. Das sehen CDU und CSU offensichtlich anders. Was möglich war, hat Arbeitsminister Olaf Scholz mit dem Mindestarbeitsbedingungsengesetz und dem Entsendegesetz durchgeboxt. So gibt es schon jetzt für Millionen Beschäftigte eine verbindliche Lohnuntergrenze. Die wollen wir auch für die Zeitarbeitsbranche erreichen.

Nicht nur im Niedriglohnbereich, sondern auch für Normalverdiener gilt: Die Reallöhne stagnieren. Auf der anderen Seite explodieren die Gehälter von Managern und Unternehmern. Kann die Politik überhaupt etwas tun, um diese Schere zu schließen?

kommen ab dem Jahr 2009 aber auf 1,3 Milliarden Euro pro Jahr. Damit leistet die Reichensteuer einen spürbaren Beitrag zur Konsolidierung des Staatshaushaltes und für wichtige Investitionsvorhaben.

Die SPD beabsichtigt, künftig den Kreis der Steuerpflichtigen, die die Reichensteuer zu entrichten haben, zu erweitern. Eine SPD-geführte Bundesregierung wird deshalb die Reichensteuer bereits bei einem jährlichen Einkommen von 150.000 Euro für Ledige und 250.000 Euro für Verheiratete erheben. Die so erzielten Steuererhöhungen sollen für Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur und für die Absenkung der Sozialabgaben eingesetzt werden. ■

Struck: Der Handlungsspielraum von Politik ist hier begrenzt, aber er ist da. Wir haben seit 2006 den Arbeitslosenversicherungsbeitrag von 6,5 Prozent auf 3,3 Prozent gesenkt. Das sind 25 Milliarden Euro allein für Arbeitnehmer. Das muss auch weiter unser Weg sein: Niedrigere Sozialabgaben helfen den Menschen mehr als Steuersenkungen. Die CSU braucht da noch Nachhilfe.

Kein Aktionismus bei der Pendlerpauschale

Kaum ein Thema erregt derzeit die Gemüter so sehr wie die Pendlerpauschale. Es empfiehlt sich daher dringend ein nüchterner Blick auf die Sachlage. Vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Herbst 2008 wird es mit der SPD keine aktionistische Beschlussfassung geben.

Zunächst einmal sei klar in Erinnerung gebracht, wer die Urheber der Kürzung der Pendlerpauschale hat. CDU und CSU gingen mit dieser Forderung in die Koalitionsverhandlungen 2005. Die Union hat sich damit gegen den Widerstand der SPD durchgesetzt. Im Gegenzug konnten wir im Sinne der Beschäftigten die Steuerfreiheit der Nacht-, Schicht- und Sonntagsarbeit erhalten.

Selbstverständlich ist der SPD dieser Kompromiss nicht leicht gefallen. Sie hat der Kürzung der Entfernungspauschale schließlich als Bestandteil eines umfassenden Gesamtkonzeptes zur Haushaltskonsolidierung zugestimmt.

Fakt ist: Über die Rechtmäßigkeit der Pendlerpauschale wird das Bundesverfassungsgericht im Herbst 2008 entscheiden. Es ist zu erwarten, dass das Bundesverfassungsgericht bei seiner Entscheidung die verfassungsrechtlichen Maßstäbe für die steuerliche Berücksichtigung von Fahrtkosten darlegen wird. Aus dieser Entscheidung wird die

Das schließt aber noch nicht die gefühlte Kluft zwischen den Arbeitnehmern und den Chefschichten.

Struck: Deshalb haben wir gerade das Konzept der Mitarbeiterbeteiligung beschlossen. Arbeitnehmer müssen einen fairen Anteil am Erfolg ihres Unternehmens bekommen. Denn ohne ihre Arbeit könnte kein Betrieb Gewinne machen. Indem die Mitarbeiter sich freiwillig direkt oder indirekt an ihrem Unternehmen beteiligen können, schaffen wir mehr Gerechtigkeit und erhöhen die Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft.

Trotzdem versucht die Linkspartei, Ihnen Wähler abzugraben. Haben Sie dagegen ein Rezept?

Struck: Wir werden immer wieder deutlich machen müssen, wie weit sich die Linke von der Realität verabschiedet hat. Sie würde Deutschland außenpolitisch isolieren und die öffentlichen Haushalte zum Nachteil kommender Generationen plündern. Die Lafontaines und Gysis machen Versprechungen, die sie, stünden sie in Regierungsverantwortung, nie einlösen könnten. Das ist glatter Wählerbetrug. Ein Sozialstaat à la Linke würde pro Jahr 150 Milliarden Euro zusätzlich verschlingen. Wer aber auf Dauer einen starken Sozialstaat will, muss ihn auch finanzieren können. ■



SPD Schlüsse ziehen und bei einer Anpassung der Entfernungspauschale berücksichtigen. Insbesondere müssen bei einer Neuregelung die veränderten Rahmenbedingungen berücksichtigt und den Belangen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die immer höhere Kosten für die tägliche Fahrt zwischen Wohn- und Arbeitsort in Kauf nehmen müssen, Rechnung getragen werden. Vorfestlegungen können aber noch nicht getroffen werden. Einen politischen Beschluss zu fassen, ohne dass Klarheit über die verfassungsrechtlichen Vorgaben und Spielräume besteht, wäre wie beim Häusbau mit dem Dach zu beginnen. ■

Deutschland bleibt sozial

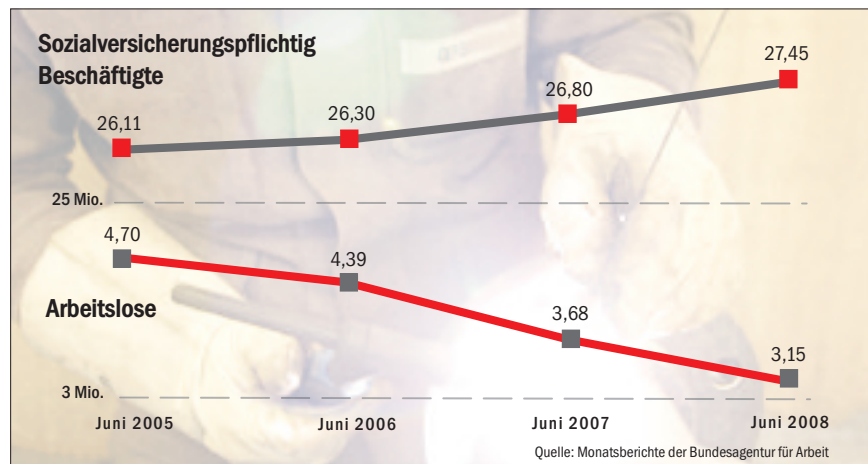
Die SPD ist die Partei, die sich um die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kümmert. Arbeit und Soziales sind sozialdemokratische Kernthemen. Wir streben nach mehr Arbeit, guter Arbeit und der Sicherung unseres Sozialstaates. Unsere Bilanz ist positiv. Wir haben rund anderthalb Millionen Arbeitslose weniger und anderthalb Millionen Erwerbstätige mehr – überdurchschnittlich viele davon in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen.

Wir kümmern uns darum, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gute Arbeit haben. Dazu gehört zuallererst eine angemessene Bezahlung. Deswegen kämpfen wir für die Einführung von



Olaf Scholz MdB – Bundesminister für Arbeit und Soziales

Mindestlöhnen. Die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und die Modernisierung des Mindestarbeitsbedingengesetzes werden dafür sorgen, dass mehrere Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bald durch eine Lohnuntergrenze in ihrer Branche gesichert sein werden.



Im Juni 2008 sind über 1,5 Millionen Menschen weniger arbeitslos als im Juni 2005. In denselben Vergleichsmonaten ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um über 1,3 Millionen gestiegen.

Wir kümmern uns darum, dass junge Menschen den Einstieg in die Arbeitswelt schaffen. Die Unternehmen sind in der Pflicht, ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Luft nach oben gibt es immer. Wenn wir jetzt mit gezielter Zuwanderung gegen Fachkräftemangel vorgehen, dann ausdrücklich nur im akademischen Bereich und nicht in Berufen, für die es junge Menschen in Deutschland gibt, die das – zum Teil auch mit Hilfestellung – in zwei oder drei Jahren lernen können. Mir ist wichtig, dass wir alle Anstrengungen unternehmen, um alle an Bildung teilhaben zu lassen. 500.000 Arbeitslose in Deutschland haben keinen Schulabschluss. Ein Rechtsanspruch darauf, den Hauptschulabschluss nachmachen zu können, wäre hier eine deutliche Verbesserung.

Wir kümmern uns darum, dass Sicherheit auch in einer flexiblen Arbeitswelt

erhalten bleibt. Deswegen haben wir aktuell ein Gesetz auf den Weg gebracht, mit dem wir flexible Arbeitszeitregelungen besser

Arbeit muss sich lohnen

Wer voll arbeitet, soll auch davon leben können. Rund 2,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte in Deutschland können das nicht. Sie benötigen zusätzlich eine staatliche Transferleistung zum Beispiel ALG II. Und dies geht zu Lasten aller Steuerzahler, die bezahlen müssen, wovon sich sozial unverantwortliche Unternehmen drücken. Deshalb setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam mit den Gewerkschaften konsequent für einen gesetzlichen Mindestlohn ein. Auf dem Weg dorthin konnte ein weiterer Etappensieg erzielt werden.

Gegen massiven Widerstand von Wirtschaftsminister Glos, der Union und der Wirtschaft konnte die SPD-Bundestagsfraktion nach über einem Jahr harter Verhandlungen durchsetzen, dass die Gesetzesentwürfe zur Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und des Mindestarbeitsbedingengesetzes (siehe Infokasten) von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz Mitte Juli 2008 vom Kabinett beschlossen wurden. Sie gehen nun in die parlamentarische Beratung.

Die Hartnäckigkeit des Bundesarbeitsministers hat sich gelohnt. Mit beiden Gesetzen ist der Weg frei für branchenbezogene Mindestlöhne. Acht Branchen hatten bereits bis Ende März 2008 ihre Aufnahme in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz beantragt.

absichern werden. Wir sorgen dafür, dass Wertguthaben, d.h. Langzeitkonten, beim Arbeitgeberwechsel mitgenommen werden können und dass sie wirksam vor Verlust im Insolvenzfall geschützt sind. Beides ermöglicht eine verlässliche Planung auch für den Fall, dass man nicht sein ganzes Leben bei einem Arbeitgeber verbringt.

Wir kümmern uns darum, die Idee der sozialen Marktwirtschaft auch in Europa durchzusetzen. Jüngstes Beispiel ist der Vorschlag der Kommission für die neue Richtlinie zu den Europäischen Betriebsräten, deren Informationsrechte erweitert werden sollen. Der Fall Nokia, wo eine Belegschaft vom Management völlig überrumpelt wurde, darf sich nicht wiederholen.

Wir sorgen dafür, dass Deutschland sozial bleibt. Nicht mit wilden Versprechungen, sondern mit konkreten, spürbaren Verbesserungen.

Das bedeutet: Mindestlöhne für fast 1,6 Millionen weitere Beschäftigte! Zusammen mit der Baubranche, den Briefzustellern und den Gebäudereinigern, für die wir bereits Lohnuntergrenzen durchgesetzt haben, werden dann 3,4 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen gesetzlichen Anspruch auf angemessenere Löhne haben. Und weitere Branchen werden folgen. Der aktuelle Erfolg ist für die SPD-Bundestagsfraktion ein Etappensieg. Damit dieser bei den Beschäftigten ankommt, müssen diese Gesetze jetzt ohne weitere Abstriche beschlossen werden.

Außerdem müssen wir dafür sorgen, dass sogenannte Scheingewerkschaften ausgebremst werden. Beispielsweise in der Postbranche wurden solche Gewerkschaften mit geringer tariflicher Tragweite gegründet, um den Mindestlohn auszuhebeln.

Wir werden weiter daran arbeiten, dass der Wettbewerb über Lohndumping ein Ende findet. Unternehmen sollen sich durch bessere Produkte, guten Service und Innovationen behaupten und nicht durch unfaire Löhne auf Kosten der Beschäftigten. Unsere aktuellen Erfolge sind deswegen auch eine gute Nachricht für alle fair entlohnenden Unternehmer, die von Lohndumping-Wettbewerbern unter Druck gesetzt werden.

In der großen Koalition wird ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn auf Grund der Haltung von CDU/CSU nicht umzusetzen sein. Aber die SPD-Bundestagsfraktion wird sich weiter für mehr Lohngerechtigkeit in Deutschland einsetzen und das Ziel des flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns dabei fest im Blick behalten.

MINDESTLÖHNE SIND KEINE JOBKILLER Von Union, FDP und Wirtschaft wird oft der Einwand angeführt, dass Mindestlöhne Arbeitsplätze vernichten. Der amerikanische Wirtschaftsnobelpreisträger Robert Solow präsentierte jetzt gegenteilige Forschungsergebnisse. Demnach sind Ängste vor steigender Arbeitslosigkeit unbegründet: „Mindestlöhne führen fast nie zur Arbeitslosigkeit“, so das Fazit des Wissenschaftlers vom renommierten Massachusetts Institute of Technology (MIT) in Cambridge. Die Studien beziehen sich neben den USA explizit auf europäische Länder wie Frankreich, Großbritannien und Deutschland.

GESETZLICHE GRUNDLAGEN ZU DEN MINDESTLOHNGESETZENTWÜRFEN

In der Bundesrepublik Deutschland werden die Löhne traditionell von den Tarifparteien vereinbart. Das **Arbeitnehmer-Entsendegesetz** baut auf diesen Erfahrungen auf. Die politische Festlegung für die Aufnahme einer Branche in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz ist, dass die an Flächen- und Firmentarifverträge gebundenen Arbeitgeber mindestens 50 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Branche beschäftigen. Der Tarifausschuss (TA) befasst sich mit einem erstmals gestellten Antrag auf Allgemeinverbindlicherklärung eines Mindestlohntarifvertrages in einer neu aufgenommenen Branche.

Im Fall konkurrierender Tarifverträge soll der Bundesminister für Arbeit und Soziales anhand von Abwägungskriterien entscheiden. Repräsentativität und Gemeinwohlbelange wie angemessene Mindestarbeitsbedingungen, Erhalt sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, Unterstützung der Ordnungsfunktion des Tarifvertrages fließen in die Abwägung ein. Positive Anträge werden durch den Bundesminister für Arbeit und Soziales per Rechtsverordnung erlassen.

Der Mindestlohn gilt dann ausnahmslos für alle in- und ausländischen Arbeitgeber der Branche, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland beschäftigen.

Das **Mindestarbeitsbedingengesetz** gilt, wenn die tarifgebundenen Arbeitgeber eines Wirtschaftszweiges bundesweit weniger als 50 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen. Für das Entscheidungsverfahren sind zwei Ausschüsse zuständig – der Hauptausschuss und die Fachausschüsse. Eine erste Prüfung, nämlich ob soziale Verwerfungen in einem Wirtschaftszweig vorliegen, unterliegt dem dauerhaft eingerichteten Hauptausschuss. Die Mitglieder entscheiden darüber, ob in einer Branche Mindestarbeitsentgelte festgesetzt, geändert oder aufgehoben werden. Der Fachausschuss legt anhand der ihm gesetzlich vorgegebenen Kriterien die Höhe des Mindestlohns per Beschluss fest. Die Bundesregierung kann auf Vorschlag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales die vom Fachausschuss festgesetzten Mindestarbeitsentgelte als Rechtsverordnung erlassen.

ARM TROTZ ARBEIT

Die Lohnkluft ist in den letzten Jahren dramatisch gestiegen. Insbesondere die Realeinkommen von Geringverdienern sind in den Jahren von 1995 bis 2006 (Quelle: IAQ) um fast 14 Prozent gesunken. Zu den Verlierern gehören nicht nur Minijobber, sondern auch Geringverdiener mit einem Vollzeitjob. In den oberen Einkommensgruppen sind die Löhne dagegen nominal über 10 Prozent gestiegen.

Diese Tendenz spiegelt sich auch in der Zunahme des Niedriglohnbereichs wider. Nach der gängigen Definition waren demnach im Jahr 2005 36,4 Prozent aller Beschäftigten dem Niedriglohnbereich zuzurechnen. Im Jahr 2002 waren dies mit 35,5 Prozent noch etwas weniger. Anfang der 1990er Jahre zählte dagegen nur etwas mehr als ein Viertel aller Beschäftigten zum Niedriglohnbereich. Die andere Seite der Medaille ist die steigende Zahl derer, die ergänzend zu ihrem Arbeitseinkommen Arbeitslosengeld II beziehen. Im März 2008 waren das fast 1,3 Millionen Menschen. Rund 600.000 hiervon verdienen zwischen 400 und 800 Euro.

Das Wachstum im Niedriglohnsektor erhöht das Armutsrisiko. Deshalb brauchen wir verbindliche Lohnuntergrenzen, um den weiteren Absturz von Löhnen zu verhindern. Es kann nicht sein, dass der Steuerzahler fehlende Löhne mit Arbeitslosengeld II aufstocken muss. Flankierend ist ein Bonus für Arbeit notwendig, um niedrige Einkommen durch eine arbeitnehmerseitige Entlastung bei den Sozialversicherungsbeiträgen existenzsichernd zu machen.



■ AUS DER BETRIEBLICHEN PRAXIS

Zwei-Klassen-Gesellschaft

ThyssenKrupp hat, im Gegensatz zu einigen anderen Konzernen, kein eigenes Verleihunternehmen in seinem Portfolio. Trotzdem gibt es auch hier in einigen Betrieben eine „Zwei-Klassen-Gesellschaft“. Stammbeschäftigte, eingebunden in ordentliche Tarifverträge, arbeiten oftmals neben Leiharbeitnehmern mit einem bis zu 50 Prozent niedrigeren Stundenlohn, die zudem nur dann beschäftigt werden, wenn es für sie gerade etwas zu tun gibt. Die Übernahme in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis („Klebeffekt“) findet leider viel zu selten statt.

Die Anwendung von Tarifverträgen ist für Betriebsräte die Mindestvoraussetzung, wenn es um die Zustimmung zum Einsatz von Leiharbeitnehmern geht. Doch leider „garantieren“ diese schlimmstenfalls ein Einkommen unterhalb der Armutsgrenze, weil sie mit „Gewerkschaften“ abgeschlossen wurden, die außerhalb des DGB stehen und den Begriff „Gewerk-

schaft“ aus meiner Sicht schamlos missbrauchen!

Und weil temporär Beschäftigte sich ständig neu auf unterschiedliche Arbeitsanforderungen einstellen müssen, ihnen die Erfahrung zum Erkennen von Gefahrensituationen oftmals fehlt, gefährden Leiharbeitnehmer nicht selten sich und andere im Betrieb.

Betriebsräte stehen mit dem Rücken an der Wand, wenn Vorstände Spitzenabdeckung durch Leiharbeit fordern, um konkurrenzfähig am Markt zu sein. Aber es ist zudem „Mode“ geworden, Leiharbeit als Faktor einer „Mischkalkulation“ für Personalkosten zu missbrauchen. Nachdem die „Drohkulis“, mit der Produktion in Billiglohnländern abzuwandern, vielerorts nicht mehr greift, schafft man sich einen Billiglohnsektor in den Unternehmen.



Thomas Schlenz – Konzernbetriebsratsvorsitzender ThyssenKrupp und Mitglied des Bundesvorstandes der SPD

Gemeinsam gegen den Missbrauch der Leiharbeit

Leih- oder Zeitarbeit wird zunehmend zum dauerhaften Lohndumping missbraucht. Die Zeche zahlen Arbeitnehmer, der Steuerzahler und fair entlohnende Unternehmen. Die SPD-Bundestagsfraktion sieht dringenden Handlungsbedarf.

Die Leih- oder Zeitarbeit erfüllt für die Wirtschaft und die Arbeitnehmer prinzipiell eine wichtige Funktion. Unternehmen gewinnen an Flexibilität und können insbesondere Auftragspitzen abfangen. Für Arbeitslose kann Leiharbeit eine Brücke in ein reguläres, dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis sein. Derzeit bekommen etwa 15 Prozent der Zeitarbeitnehmer beim Entleihbetrieb eine feste Anstellung.

Leider wird Leiharbeit immer zum Lohndumping, als Dauerbeschäftigung und zur Aushebelung von Arbeitnehmerrechten und Tarifverträgen missbraucht. Zum Beispiel entlassen große Unternehmen Teile der Stammbesetzung und stellen sie als Zeitarbeiter wieder ein – zu wesentlich schlechteren Bedingungen. Regulär entlohnte Ar-



beitsplätze werden so in prekäre Arbeitsverhältnisse umgewandelt. Außerdem entsteht eine Wettbewerbsverzerrung zu Lasten fair entlohnender Unternehmen. Die Leiharbeitnehmer unterliegen einem erhöhten

Arbeitsplatz- und Armutsrisiko. Viele können trotz Vollzeitbeschäftigung nur mit zusätzlichem ALG II über die Runden kommen. Weniger Anerkennung, weniger Rechte und kein Zugang zur Weiterbildung wirken zusätzlich belastend. Diese Entwicklung ist für die SPD-Bundestagsfraktion nicht akzeptabel. Leih- oder Zeitarbeit darf vor allem, wie der Name schon sagt, kein Dauerzustand sein.

Es herrscht dringender Handlungsbedarf. Die SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-Gewerkschaftsrat fordern:

- » die Aufnahme der Zeitarbeitsbranche in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, um einen Mindestlohn durchzusetzen.
- » Nach einer angemessenen Einarbeitungszeit soll ohne Ausnahme der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gelten.
- » die Stärkung der Rechte des Betriebsrats im Entleihbetrieb.

Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt die Kampagne der Gewerkschaften gegen Missbrauch der Leiharbeit. ■

Aber es geht auch anders. Mehr und mehr Betriebsräte haben mit ihrer Gewerkschaft das Prinzip „Gleiche Arbeit – gleiches Geld bzw. gleiche Arbeitsbedingungen“ durchgesetzt. Am 6. August 2008 haben IG Metall und NRW-SPD eine gemeinsame Presseerklärung herausgegeben und die Initiative „Leiharbeit Grenzen setzen“ gestartet. Zentrale Forderung ist dabei die Festlegung von Mindestlöhnen in der Leiharbeitsbranche, um Lohndumping einen Riegel vorzuschieben – auch damit ausländische Leiharbeitsbetriebe an den Mindestlohn gebunden sind (Aufnahme ins Entsendegesetz).

Wer Seite an Seite arbeitet, soll das auch zu gleichen Bedingungen und gleichen Entgelten tun. Wir sagen zudem, „Schluss mit der Tagelöhnermentalität“ und fordern, das so genannte Synchronisationsverbot wieder in das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz aufzunehmen, damit Verleiher die Zeitarbeiter wieder dauerhaft beschäftigen müssen. ■

Der Kündigungsschutz bleibt

Der Kündigungsschutz hat sich in der sozialen Marktwirtschaft unseres Landes bewährt. Er ist Teil des Prinzips, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Deutschland klar definierte Rechte und Pflichten haben. Der Kündigungsschutz ist heute in einer sich immer schneller verändernden Arbeitswelt wichtiger denn je.

Es profitieren aber nicht nur die Arbeitnehmer vom Kündigungsschutz. Ein Argument für den Kündigungsschutz liefern übrigens ausgerechnet diejenigen, von denen man es am wenigsten erwarten würde: die Personalverantwortlichen der Unternehmen. Eine Umfrage der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) aus dem Jahr 2005 – vor dem Aufschwung! – entlarvt den Mythos der Beschäftigungsbremse. Noch nicht einmal jene Personalverantwortlichen, die das Arbeitsrecht für zu rigide halten, lassen sich von diesem in ihrem Einstellungsverhalten beeinflussen.

Trotzdem gehört die Forderung nach Abschaffung oder Abbau des Kündigungsschutzes zum festen Repertoire bei CDU/CSU. So stand es auch 2005 in ihrem Wahl-



programm. Arbeitnehmerrechte wie Mitbestimmung, Tarifautonomie oder Kündigungsschutz werden dort pauschal als Beschäftigungshemmnis verstanden. Den Boom auf dem Arbeitsmarkt der letzten Jahre hätte es nach dieser Logik gar nicht geben dürfen.

Während der Koalitionsverhandlungen im Herbst 2005 forderte die Union wie bereits in ihrem Gesetzentwurf von 2004

unter anderem die Einführung einer Abfindungsoption. Das hieße, Beschäftigte handeln bei ihrer Einstellung mit dem Arbeitgeber individuell eine mögliche Abfindung – bei Kündigung des Arbeitsverhältnisses und den Verzicht auf den Kündigungsschutz – aus. Dies hätte den Ausverkauf des Kündigungsschutzes bedeutet. Betriebsräte hätten auf betrieblicher Ebene in kürzester Zeit jeg-

liche Gestaltungsmöglichkeiten verloren. Die Abfindungsoption hätte zudem zur Spaltung der Belegschaft geführt. Darüber hinaus wollte die Union befristete Arbeitsverträge ohne Sachgrund wiederholt zulassen, wenn zwischen den Arbeitsverträgen ein Zeitraum von vier Monaten liegt. Eine solche Regelung birgt die Gefahr der Kettenbefristungen in sich. Insgesamt hätten die Vorschläge der Union tiefe Einschnitte im Arbeitsrecht zur Folge gehabt.

Das haben wir nicht zugelassen. Es ist uns gelungen diese schwerwiegenden Eingriffe zu verhindern. Die SPD hat durchgesetzt, dass der Kündigungsschutz in seiner Substanz erhalten bleibt. Und sie sieht sich während des Aufschwungs in ihrer Auffassung bestätigt, dass der Kündigungsschutz sozial und ökonomisch ein positiver Standortfaktor ist und bleibt.

Auch in Zukunft setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion für mehr Sicherheit der Beschäftigten ein, damit sie mit einem wirkungsvollen Kündigungsschutzrecht nicht der Willkür von Arbeitgebern ausgesetzt sind. ■

Manager für Mitbestimmung

Arbeitnehmerrechte werden in neoliberalen oder marktradikalen Kreisen gerne als Bleikugeln der Wirtschaft bezeichnet. Fragt man dagegen die Manager persönlich, ergibt sich ein ganz anderes Bild. In einer Umfrage der Hans-Böckler-Stiftung aus dem Jahr 2005 gaben über 80 Prozent der Geschäftsführer an, dass sie den Betriebsrat behalten würden, wenn sie die Wahl hätten.

und Wirtschaftswelt mithalten. Mit dem Risikobegrenzungsrecht haben wir den Schutz der Beschäftigten bei Unternehmensübernahmen und Finanzinvestitionen verbessert. Die Informationsrechte der Betriebsräte wurden ausgeweitet und konkretisiert.

Und im Zuge der Globalisierung wollen wir auch die Demokratie in der Wirtschaft globalisieren. Deshalb unterstützen wir eine europäische Unternehmensmitbestimmung.

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt ausdrücklich die verstärkten Anstrengungen der Gewerkschaften, sich in der EU schlagkräftig zu organisieren. Mitbestimmung gewinnt auch in ganz Europa an Bedeutung. Wir fordern mehr Rechte der Betriebsräte auf europäischer Ebene. Betriebsräte treten in Konzernen europaweit für gemeinsame Standards ein. Dafür müssen die Arbeitsgrundlagen und Beteiligungsrechte verbessert wer-

den. Eine rasche Verbesserung der der Europäischen Betriebsräte-Richtlinie ist dringend geboten.

Wir haben angesichts der Internationalisierung der Unternehmensstrukturen gemeinsam mit den Gewerkschaften Vorschläge für die Weiterentwicklung der Unternehmensmitbestimmung und der betrieblichen Mitbestimmung erarbeitet, die in unser Regierungsprogramm 2009 einfließen sollen. ■



Dafür gibt es gute Gründe

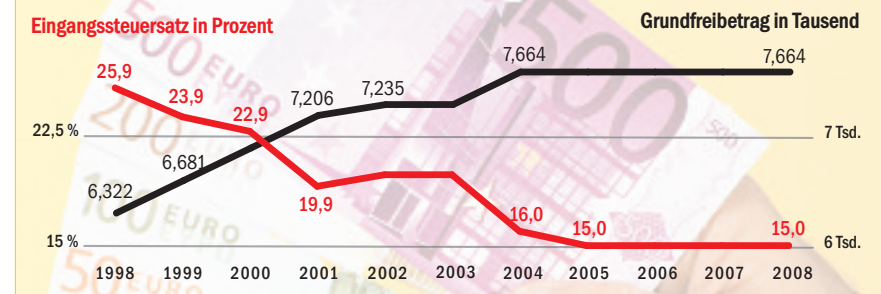
- » Arbeitskonflikte werden hierzulande zum überwiegenden Teil auf dem Verhandlungsweg gelöst. Deutschland gehört weltweit zu den Ländern mit den wenigsten Streiktagen: ein nicht zu unterschätzender ökonomischer Standortvorteil für Unternehmen.
- » Ein weiteres großes Plus: Mitbestimmung motiviert. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer engagieren und identifizieren sich mehr mit einem Unternehmen, auf dessen Geschicke sie auch Einfluss nehmen können.
- » Und nicht zuletzt trägt Mitbestimmung zum sozialen Fortschritt und zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten bei. Deshalb müssen die Mitbestimmungsgesetze mit den Veränderungen in der Arbeits-

MEHR NETTO IN DER LOHNTÜTE

Dieser Tage klingt wieder laut der Ruf nach Steuersenkungen durchs Land. Dabei wird gerne übersehen, dass Deutschland mit rund 22 Prozent eine der niedrigsten Steuerquoten im Vergleich zu andern Industrienationen aufweist. Das ist das Ergebnis unserer Politik während der rot-grünen Koalition.

Mit der Steuerreform 2000 haben wir die Menschen in Deutschland um fast 60 Milliarden Euro entlastet. Die Einkommenssteuer wurde drastisch gesenkt. Der Eingangsteuersatz liegt mittlerweile bei 15 statt bei 25,9 Prozent, der Spitzensteuersatz bei 45 statt bei 53 Prozent. Nur noch die Hälfte aller privaten Haushalte in Deutschland zahlt überhaupt noch Steuern.

Heute stellen die Sozialversicherungsabgaben eine deutlich größere Belastung dar als die Steuern. Das betrifft vor allem untere und mittlere Einkommensgruppen. Denn anders als bei der Einkommenssteuer sind die Lohnnebenkosten ab dem



Quelle: BMF 2006

ersten verdienten Euro zu zahlen. Es gibt keine Freibeträge und keine Progression.

Um insbesondere Gering- und Normalverdiener zu entlasten, hat die Senkung der Beiträge Vorrang vor einer weiteren Senkung der Einkommensteuer. Wir haben die Lohnnebenkosten seit 1998 auf unter 40 Prozent gesenkt.

Allein die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung haben wir im Jahr 2007 nahezu halbiert: von 6,5 Prozent auf 3,3 Prozent. So niedrig war der Arbeitslosenversicherungsbeitrag seit 1981 nicht mehr. Bei einem Arbeitnehmer mit einem Einkommen von 2.500 Euro brutto entspricht das einer Ent-

lastung von 40 Euro monatlich gegenüber 2006, aufs Jahr gerechnet also 480 Euro. Insgesamt werden die Arbeitnehmer um Milliarden entlastet.

Wir wollen die Sozialabgaben insbesondere bei mittleren und niedrigen Einkommen senken. Unser Ziel ist es, im Laufe des nächsten Jahrzehnts wieder unter 36 Prozent zu kommen, ohne dabei das Leistungsniveau der sozialen Sicherungssysteme abzusenken. Davon profitierende eigentlichen Leistungsträger in unserem Land – also die mittelständische Wirtschaft und die Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. ■

Volle Kraft für bezahlbare Energie.

Die Energiekosten explodieren. Das trifft besonders Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen. Sie müssen einen immer größeren Anteil ihrer finanziellen Mittel für Energie aufwenden. Auch die Wirtschaft leidet unter der drastischen Teuerung.

Was kann die Politik tun? Gegen die steigenden Preise für Rohstoffe auf dem Weltmarkt ist auch die Bundesregierung machtlos. Deswegen müssen wir der Entwicklung auf dem Energiemarkt aber nicht ohnmächtig zusehen. Im Gegenteil. Die Politik der SPD-Bundestagsfraktion zielt in verschiedene Richtungen. Kurzfristig helfen wir den Menschen, die am härtesten unter den gestiegenen Energiekosten leiden. Mittelfristig brin-



gen wir unser Land auf den richtigen Weg, um uns von endlichen Energieträgern unabhängig zu machen. Das tun wir bereits seit 1998 mit unserer Politik für Energieeffizienz und erneuerbare Energien.

Mit dem aktuell massiv gestiegenen Tempo der Preissteigerungen beschleunigen wir jetzt zusätzlich unsere Maßnahmen. Sozialdemokratische Energie-Politik zielt in kurz- und mittelfristige Richtungen:

► **Momentane Härten werden abgefedert**

Wir unterstützen 800.000 Haushalte mit niedrigen Einkommen bei den gestiegenen

Heizkosten. Dafür haben wir das Wohngeld erhöht. Empfänger von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe bekommen die Kosten für Heizung und Warmwassererzeugung erstattet.

► **Energie einsparen**

Am günstigsten ist die Energie, die man nicht verbraucht. Über verschiedene Maßnahmen helfen wir allen Haushalten, den Stromverbrauch zu senken. Dazu zählen Beratung (siehe Infokasten) und Unterstützung bei der Anschaffung stromsparender Geräte. Auch bei den Heizkosten lässt sich viel sparen: Zum Beispiel fördern wir die bessere Dämmung von Mietwohnungen mit 2 Milliarden Euro. Und mit der CO₂-Gebäudesanierung haben wir ebenfalls schon viel erreicht.

► **Die Energie-Wende**

Zum Umstieg auf erneuerbare Energie gibt es definitiv keine Alternative. Darauf setzen wir mit großem Erfolg schon seit 1998. Unsere Klima- und Energiepolitik findet weltweit inzwischen große Beachtung. Energie-Technologie „made in Germany“ ist ein globaler Exportschlager. Und im Inland entsteht eine neue Zukunftsbranche. Davon profitieren bereits heute sowohl die privaten Verbraucher als auch die Wirtschaft. Letztendlich wird nur erneuerbare Energie in Zukunft auch bezahlbare Energie sein, denn ihre Kosten sinken stetig.

► **Versorger-Monopole brechen**

Die Konzentration auf dem heimischen Energiemarkt hat in den letzten Jahren ebenfalls einen großen Teil zum Preisanstieg beigetragen. Das zeigen die regelrecht explodierten Gewinne der großen Öl- und Strom-



konzerne. Daher muss Energiepolitik den Wettbewerb fördern. In der großen Koalition haben wir das Wettbewerbsrecht verschärft. Die Rolle des Bundeskartellamts im Kampf gegen Monopolmissbrauch wurde gestärkt.

► **Außerdem brauchen wir mehr Wettbewerb**

Erleichterter Netzzugang und -anschluss sowie zuvor die Trennung von Netz und Vertrieb sind weitere Bausteine dafür. Übrigens helfen auch die erneuerbaren Energien gegen zu hohe Strompreise: Aufgrund der geringen Betriebskosten von Windkraft- und Anlagen zur Gewinnung von Strom aus Sonnenlicht können diese konventionelle Kraftwerke, die mit teuren fossilen Brennstoffen betrieben werden, vom Markt verdrängen und sorgen damit für echten Wettbewerb. Ohne erneuerbare Energien hätten die Monopolkonzerne noch einmal 5 Milliarden Euro mehr für den Strom verlangen können. Einen weiteren guten Beitrag zum Wettbewerb könnten starke Stadtwerke leisten. CDU, CSU und FPD stellen sich aus Privatisierungsideologie dabei leider quer.

► **Noch mehr Energie für gute Energie**

Im September wird eine eigens eingerichtete Arbeitsgruppe der SPD ein Konzept für weitere Maßnahmen im Energie-Sektor präsentieren. Dazu zählen zum Beispiel mehr Anreize für Vermieter, verstärkt in Wärmedämmung oder effiziente Heizungsanlagen zu investieren.

Energie ist eines der wichtigsten Themen unserer Zeit. Es hängt mit allen Bereichen unserer Gesellschaft zusammen und betrifft ausnahmslos alle Menschen. Kurzfristig können wir zwar die größten Härten der aktuellen Preis-Explosion abfedern. Mittelfristig hilft aber nur der Ausstieg aus der Abhängigkeit von endlichen Energieträgern. ■



Energiespartipps

Die günstigste Energie

ist die eingesparte –

Energiespartipps für Verbraucher

Ein typischer Privathaushalt kann in der Regel mit einfachen Mitteln mehrere hundert Euro im Jahr an Energiekosten einsparen. Dazu fördert auch der Bund die Beratung privater Verbraucher.

Unter der zentralen Service-Nummer **0 90 01/3 63 74 43** (Verbraucherzentrale Bundesverband) kann ein Beratungstermin mit qualifizierten Fachleuten gegen ein Entgelt von 5 Euro vereinbart werden. Weitere Informationen bietet das Portal www.verbraucherzentrale-energieberatung.de im Internet.

Auch die dena (Deutsche Energieagentur) bietet zahlreiche Tipps & Tricks bei www.themaenergie.de. Die kostenlose Energie-Hotline der dena informiert unter der Nummer **0 8000/73 67 34** über den Einsatz erneuerbarer Energie und den effizienten Energie-Einsatz. ■

DIE POPULÄRSTEN ENERGIE-IRRTÜMER

► **Bei steigenden Energiekosten nimmt der Staat mehr Mehrwertsteuer ein.**

Im Gegenteil! Je stärker der Preisanstieg, desto größer die Energie-Einsparungen, desto geringer die Staatseinnahmen. Zusätzlich schränken die Menschen allgemein ihren Konsum ein, was zur weiteren Reduzierung der Mehrwertsteuereinnahmen führt.

► **Der Staat kann die Mehrwertsteuer auf Energie senken und so die Bürger entlasten.**

Nein! Vor diesem Schritt warnen alle Experten: Die Steuersenkung würde kaum beim Verbraucher ankommen, sondern stattdessen die Gewinne der großen Energiekonzerne steigern.

► **Gedeckelte oder genehmigungspflichtige Energiepreise wären die einfachste Lösung.**

Das mag auf den ersten Blick einleuchten, ist aber keine Lösung. Wenn der Verkaufspreis von Öl, Gas oder Strom gedeckelt wird, steigen die Einfuhr- und Erzeugungspreise ja trotzdem weiter. Zuerst werden dann die kleinen Wettbewerber wie z.B. Stadtwerke aufgeben müssen. Übrig bleibt ein Monopol am Energiemarkt mit dauerhaft hohen Preisen.

► **Gegen steigende Energiepreise hilft die Verlängerung oder der Neubau von Atomkraftwerken.**

Eine Panikreaktion! Bei Benzinpreisen und Heizkosten hilft Atomkraft logischerweise überhaupt nicht, da mit Strom aus Atomkraft weder der Heiztank gefüllt noch das Auto betankt werden kann. Und bei Strompreisen würde eine Verlängerung der Atomkraft sogar für höhere Strompreise sorgen. Die Monopolunternehmen EON, RWE, Vattenfall und EnBW würden mit ihren abgeschriebenen und hochsubventionierten Atomkraftwerke weiter dicke Gewinne einfahren und würden gleichzeitig dafür sorgen, dass neue Wettbewerber aus dem Markt ferngehalten werden. Übrigens: Im Bundesland mit der meisten Kernenergie-Nutzung Baden-Württemberg sind die Strompreise besonders hoch.

► **Die Preise für Öl und Gas explodieren, weil die Rohstoffe zur Neige gehen.**

Das stimmt nur auf lange Sicht. Grundsätzlich wird die steigende Nachfrage nach endlichen Ressourcen die Preise ansteigen lassen. Die aktuelle Preis-Explosion ist aber auch Ursache von Spekulationen auf den Weltmärkten für Rohstoffe und die gestiegene Nachfrage in den Schwellenländern. ■

Jobmotor

erneuerbare Energien

Im Jahr 2020 wird die grüne Technologie als neue Leitbranche mehr Umsatz erzielen als der Kraftfahrzeug- oder Maschinenbau. Auch als Arbeitsplatzmotor überflügelt die erneuerbare Energie Deutschlands traditionelle Leitbranchen. Im Jahr 2015 werden über eine Million Menschen in den neuen Technologien und herkömmlichen Branchen Beschäftigung finden. Den entscheidenden Impuls dafür haben wir seit dem Jahr 1998 in der rot-grünen Koalition gelegt. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zahlt sich schon heute spürbar aus und wird seine Wirkung bei den steigenden Preisen für endliche Ressourcen weiter entfalten. ■

Neues zum gleitenden Übergang in den Ruhestand

Die Unternehmen können auf die Erfahrung älterer Menschen genauso wenig verzichten wie diese auf einen Arbeitsplatz. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für bessere Perspektiven Älterer auf dem Arbeitsmarkt ein – dazu gehören auch flexiblere Möglichkeiten für den Übergang in den Ruhestand.

Seit 1998 haben wir bereits die richtigen Weichen für eine höhere Erwerbsbeteiligung Älterer gestellt. Die Quote bei den über 55-Jährigen ist von 37,7 Prozent im Jahr 1998 auf 52,5 Prozent Ende 2007 angestiegen. Wir sind also auf dem richtigen Weg. Unerlässlich für weitere Fortschritte sind die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die stetige Qualifizierung im Erwerbsverlauf und die gezielte Unterstützung älterer Beschäftigter.

Um dem individuellen Leistungsvermögen Älterer gerecht zu werden, müssen außerdem die Möglichkeiten für flexible Übergänge aus dem Erwerbsleben in den Ruhestand verbessert werden. Die bisherigen Rahmenbedingungen zur Altersteilzeit wollen wir so verändern, dass mehr Spiel-



räume für individuelle Entscheidungen geschaffen werden. Wir schlagen dafür folgende zentrale Maßnahmen vor:

► Fortführung der geförderten Altersteilzeit

Mit der Altersteilzeit wurde bereits vor Jahren ein Instrument geschaffen, das einen gleitenden Übergang aus dem Erwerbsleben in den Ruhestand ermöglicht. Mit der Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) wurde auch das Ziel



verfolgt, die Reduzierung der Arbeitszeit Älterer mit neuen Beschäftigungs-Chancen für Jüngere zu verbinden.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits erfolgreich dafür gekämpft, dass die Aufstockungsbeiträge weiterhin von der Zahlung der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge befreit bleiben.

Da die bisherige Förderung durch die BA aber bis 2009 befristet ist, sind weitere Anreize erforderlich, um flexible Arbeitszeiten im Alter für Arbeitnehmer und Arbeitgeber attraktiv zu gestalten. Für einen überschaubaren Zeitraum ist es arbeitsmarktpolitisch sinnvoll, die Förderung von Altersteilzeit durch die BA fortzuführen. Das darf aber nicht zum öffentlich geförderten Personalabbau führen. Frei werdende Stellen Älterer müssen mit jungen Berufseinsteigern besetzt werden.

► Weiterentwicklung der Teilrente

Die Teilrente wird noch viel zu wenig in Anspruch genommen. Das wollen wir ändern. Ab 2010 soll sie unter Wegfall der Hinzuverdienstgrenzen bereits ab dem 60. Lebensjahr unter folgenden Voraussetzungen in Anspruch genommen werden können:

- » wenn durch den Teilrentenbezug im späteren Verlauf keine Abhängigkeit von der Grundsicherung im Alter verursacht wird,
- » wenn mit dem Arbeitgeber eine entsprechende Arbeitszeitverkürzung vereinbart ist und eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vorliegt und

» wenn der auf die Teilrente entfallende erhöhte Abschlag durch Beitragszahlung des Arbeitgebers ausgeglichen worden ist.

► Insolvenzschutz für Arbeitszeitkonten

Langzeitkonten, bzw. Wertguthaben gehören eigentlich nicht zum Instrumentarium des flexiblen Übergangs in die Altersrente. Sie lassen sich dafür aber gut nutzen. Bei entsprechender vertraglicher Gestaltung ermöglichen sie Beschäftigten eine Freistellung vor dem Renteneintritt. In der Freistellung beziehen sie Arbeitsentgelt aus dem Wertguthaben. Und aus dem Arbeitsentgelt fließen Beiträge an die Sozialkassen, so dass Sozialversicherungsschutz sichergestellt ist.



Arbeitszeitkonten müssen außerdem im Fall der Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers geschützt sein. Hier sind noch Lücken zu schließen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat bereits einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, um die flexiblen Arbeitszeitregelungen besser abzusichern. Wir wollen damit auch die Möglichkeit einführen, die Wertguthaben beim Arbeitgeberwechsel mitnehmen zu können.

► Verbesserter Erwerbsminderungsschutz

Die Lebensstandardsicherung im Alter wird heute nicht mehr allein über die gesetzliche Rentenversicherung abgesichert, sondern in der Kombination mit betrieblicher Altersvorsorge (2. Säule) und privater Vorsorge (3. Säule). Das hat auch Konsequenzen für die Absicherung des Erwerbsminderungsrisikos. Die Folgen von Invalidität können nicht allein von der gesetzlichen Rentenversicherung abgefangen werden.

Altersteilzeitrechner

Mit dem Altersteilzeit-Rechner können Sie mit wenigen Einstellungen Ihr zukünftiges Altersteilzeit-Gehalt online berechnen:

http://www.bmas.de/coremedia/generator/18840/applet_atz.html

Daher soll das Risiko der Erwerbsminderung zukünftig sowohl in der betrieblichen Alterssicherung als auch in der geförderten Altersvorsorge obligatorisch abgesichert werden. Der Personenkreis für die geförderte Altersvorsorge wurde bereits durch das Eigenheimrentengesetz auch auf die Empfänger einer vollen Erwerbsminderungsrente ausgeweitet. Sie erhalten damit ebenfalls die Möglichkeit, den geringeren Anstieg ihrer Rente durch zusätzliche Vorsorge zu kompensieren. ■

ALTERSTEILZEIT: WAS ÄNDERT SICH?

Zum 31. 12. 2009 läuft die arbeitsmarktbedingte Förderung der Altersteilzeit aus – dies heißt aber nur, dass der Arbeitgeber für ab dem 1. Januar 2010 neu beginnende Altersteilzeitverhältnisse keine Aufstockungsleistungen mehr von der Bundesagentur für Arbeit erhält, alle anderen **Rahmenbedingungen bleiben bestehen:**

- die Aufstockung des Regelarbeitsentgeltes durch den Arbeitgeber für die Altersteilzeit um mindestens 20 Prozent,
- die Aufstockung der Rentenversicherungsbeiträge durch den Arbeitgeber

auf mindestens 80 Prozent des Regelaltersentgeltes,

- die Steuer- und damit Beitragsfreiheit der Aufstockungsbeiträge zum Arbeitsentgelt für die Altersteilzeitarbeit und die zusätzlichen Beiträge zur Rentenversicherung für die Arbeitnehmer,
- die Sicherung der vollen Höhe des Arbeitslosengeldes bei vorzeitiger Beendigung der Altersteilzeit. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden bis zur Erfüllung der Voraussetzungen für eine vorgezogene Altersrente so gestellt, als hätte sie ihre Arbeitszeit nicht im Rahmen der Altersteilzeit reduziert.

**An die SPD-Bundestagsfraktion
Öffentlichkeitsarbeit / Redaktion „Gute Arbeit“
11011 Berlin**

- Ich bin an weiteren Ausgaben der Zeitung „Gute Arbeit“ interessiert. Bitte nehmen Sie mich in den Verteiler auf.
- Bitte senden Sie mir weiteres Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion.

Name, Vorname

Anschrift

» Bestellungen sind per mail möglich
oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de

» oder per Fax
030 / 22 75 68 00

■ **Impressum Herausgeberin:** SPD-Bundestagsfraktion, Petra Ernstberger MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin, Platz der Republik, 11011 Berlin
Herstellung: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion: Ralf Bergmann, Anja Linnekugel, Michael Bukowski

Fotos: A. Buck (1.2); W. Mierendorf (2.3); M.-S. Unger (3.1); Chr. Ditsch (5.1); R. Weisflog (6.1; 7.1); B. Krämer (8.3); Joker (7.2-3); picture alliance (1.1; 3.2; 5.2; 6.2; 8.1-2)
Gestaltung: www.kippconcept.de · **Druck:** Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschliesslich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.